

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Ina Albowitz, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Gudrun Serowiecki, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zukunft des eLearnings in Deutschland

eLearning eröffnet dem Konsumenten von selbst gesteuertem Lernen neue Praktiken, welche Wissen interaktiv, flexibel und unabhängig von Ort und Zeit bereitstellen.

Unter dem Begriff eLearning sind vor allem netzangebundene Lernprozesse zu verstehen, die weitgehend oder ausschließlich computerunterstützt ablaufen, z. B. Computer-based-Training (CBT), Web-based-Training (WBT) oder virtuelle Seminarräume.

Zu Beginn der 90er Jahre wurden mit der Einführung von eLearning in der Aus- und Weiterbildung mehrheitlich optimistische Prognosen von Wirtschaftsvertretern, Bildungsexperten und Politikern bezüglich der Reformierung der derzeit existierenden Bildungsstrategien gestellt. Bund und Länder haben ebenso wie die Europäische Union Fördermittel zur Entwicklung von eLearning-Produkten zur Verfügung gestellt und ebenso entsprechende Förderprojekte unterstützt.

Verschiedene Studien (u. a. von: Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Unic-mind.com AG, Initiative D21 sowie Bundesinstitut für Berufsbildung) belegen heute, dass eLearning hauptsächlich in großen Unternehmen eingesetzt wird, jedoch kaum in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Daraus ergibt sich, dass die bisherigen Strategien zur Einführung von eLearning überprüft und evaluiert werden müssen, um den tatsächlichen Nutzen zu ermitteln.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Entwicklung des eLearnings als selbst gesteuerter Lernprozess seit seiner Integration in das bestehende Bildungsangebot?
2. Wie schätzt die Bundesregierung heute das Marktpotential von eLearning im Vergleich zur Einführungsphase von entsprechenden Produkten Anfang der 90er Jahre ein?
3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das derzeitige Nachfragepotential für eLearning in Aus- und Weiterbildung ein?

4. Sind der Bundesregierung aktuelle und unabhängige Studienergebnisse über den Umfang der gegenwärtigen Nutzung von eLearning-Angeboten in kleinen, mittelständischen und Großunternehmen bekannt (bitte nach Unternehmensgröße aufschlüsseln)?
5. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, eLearning am Arbeitsplatz zu fördern?
6. Ist der Bundesregierung die Untersuchung „Lernförderliche Gestaltung von Facharbeiterarbeitsplätzen durch Medien: Beispiel E-Learning“ des Bundesinstitutes für Berufsbildung bekannt?
7. Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung das Studienergebnis des Bundesinstitutes für Berufsbildung, nach dem für 95 % der befragten Unternehmen eLearning u. a. aufgrund zu hoher Kosten, eventueller Gefahren für den Datenschutz und möglichen Missbrauchs durch Benutzer nicht attraktiv ist?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des eLearning-Unternehmensgründers Jörg Neubauer (treasureX „Praxistraining eLearning. Hilfe zur Selbsthilfe“, www.treasureX.de), dass trotz hoher Subventionen und Entwicklungsförderungen von Bund und Ländern der eLearning-Markt bisher nicht angemessen beflogen werden konnte?
9. Wie hoch waren die Förderungen und Subventionen für den eLearning-Markt, welche die Bundesregierung seit 1993 gezahlt hat?
10. Welche Fördermittel für den eLearning-Markt sind im Haushaltsentwurf 2003 vorgesehen (bitte nach Bundesministerien aufschlüsseln)?
11. Nach welchen Zielvorstellungen sind Fördermittel vergeben und Förderprojekte durchgeführt worden, und hält die Bundesregierung diese auch weiterhin für anwendbar?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung den von Jörg Neubauer dargestellten Sachverhalt, dass trotz der hohen Subventionen und Förderungen von Bund und Ländern bislang kaum Anwendungen aus dieser Quelle in den Markt gelangt sind?
13. Wie hat sich die Entstehung von Standardprodukten im prozentualen Vergleich zu Insel- und Speziallösungen entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
14. Liegt der Bundesregierung eine aktuelle Bedarfsanalyse vor, die den Bildungsbedarf im eLearning-Bereich differenziert darstellt?
15. Wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Bedarfsanalyse in Auftrag zu geben?
16. Plant die Bundesregierung, produktübergreifende Gütesiegel oder allgemein gültige Produktstandards für eLearning-Anwendungen einzuführen?
17. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Entwicklung des deutschen eLearning-Marktes ähnlich stagnierend verlaufen wird, wie es vom „Industry Report 2001“ für den amerikanischen Markt ermittelt wurde?
18. Liegen der Bundesregierung Informationen über Insolvenzen im Bereich der eLearning-Anbieter vor?
19. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für eLearning erforderlichen Basiskompetenzen in die Schul- und Hochschulausbildung zu integrieren?
20. Welche Projekte und Modellversuche im eLearning sind der Bundesregierung im Schul- und Nachhilfebereich bekannt?

21. In welchem Umfang werden eLearning-Programme im Schul- und Nachhilfebereich durch die Bundesregierung gefördert?
22. Plant die Bundesregierung das Projekt von Cornelsen und Klett „Abitur online“ mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu unterstützen?
23. Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung an den Einsatz von eLearning im Schulbereich?
24. Welche Ergebnisse und Erfahrungen liegen der Bundesregierung bezüglich des Einsatzes von eLearning im Schul- und Nachhilfebereich vor?
25. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Nutzung von eLearning im Bereich der öffentlichen Verwaltung des Bundes zu fördern?
26. Gibt es Programme im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit, um die Nutzung von eLearning in öffentlichen Bildungseinrichtungen (Bibliotheken, Volkshochschulen) zu ermöglichen?

Berlin, den 26. Juni 2002

Ulrike Flach
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Ina Albowitz
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Hans-Michael Goldmann
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Gudrun Serowiecki
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

